

Verwaltung liegt Schwetzingen deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden.

Ende der achtziger Jahre war Christdemokrat Stratthaus auf dem Trip, seinen Bürgern eine repräsentative Stadthalle hinzustellen. Die politische Auseinandersetzung um das mit 25 Millionen Mark veranschlagte Projekt hatte er schon hinter sich. Da machte er einen Rückzieher. „Als die deutsche Einheit kam, war mir gleich klar, daß uns das Geld kosten würde.“ Die Halle wurde nicht gebaut: „Wir sparen lieber.“

Wenn die örtlichen Vereine heute einen Saal brauchen, gehen sie in das prächtige Schloß. Die ehemalige Sommerresidenz der Pfälzer Kurfürsten gehört dem Land. Wollen die Schwetzingen den Barockbau nutzen, muß die Gemeinde Miete zahlen.

Von seinem kulturellen Erbe profitiert Schwetzingen auch in anderer Hinsicht. Der 1743 von Kurfürst Carl Theodor gebaute Schloßpark ist eine der größten Anlagen dieser Art in Deutschland. Die Gartenpflege, die rund fünf Millionen Mark im Jahr kostet, übernimmt der Eigentümer, das Land Baden-Württemberg. Touristen zahlen 3,50 Mark Eintritt.

Daß die Finanzen für Schwetzingen bislang kein allzu großes Problem darstellten, schreibt der OB auch der günstigen Lage im oberrheinischen Tiefland zu. Weil die Gegend flach ist und „alles schön zum Rhein fließt“, ist die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten hier billiger als andernorts in Baden-Württemberg.

Zudem haben die Gemeinden der Region frühzeitig die Vorteile einer kommunalen Zusammenarbeit erkannt. Das Schwimmbad teilt sich Schwetzingen mit einem Nachbarort. Auch für das Klärwerk, die Realschule und die Sonderschule wurden schon in den sechziger Jahren Zweckverbände gegründet.

Die schuldenfreien Jahre sind inzwischen auch in Schwetzingen vorbei. Die Gemeinde mußte mehrere neue Kindergärten bauen. Zudem ist eine Umgehungsstraße geplant, für die sich die Kommune verschulden muß.

Mit der jüngsten Steuerschätzung hat sich die Lage weiter verdüstert. Als er die neuen Zahlen las, hat OB Stratthaus gleich überschlagen, wie sich die erwarteten Mindereinnahmen auf seine Stadtkasse auswirken. Mit bis zu zwei Millionen Mark weniger muß er künftig auskommen.

Nun beginnt auch in Schwetzingen der Schuldenberg langsam zu wachsen – auf rund zehn Millionen Mark in diesem Jahr. Der Oberbürgermeister ist sauer: „Wenn wir die Einnahmen der vergangenen Jahre noch hätten“, klagt er, „wären wir weiter schuldenfrei.“

Altschulden

Zweite Enteignung

Der Bundesrechnungshof wirft Bonn Verschleuderung von Steuergeldern in Milliardenhöhe beim Abwickeln des DDR-Bankensystems vor.

Das Papier ist „vertraulich“ und wird im Tresor des Bundestages verwahrt. Zugang hat nur eine Handvoll Parlamentarier.

Die Geheimniskrämerei hat gute Gründe: Denn das Dokument attestiert auf 48 Seiten den Bonnern ein hohes

sprächen mehrfach „unter Druck gesetzt“ worden seien. Laut Rechnungshof wurde mit dem Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen gedroht.

Die Berliner Bank AG ließ sich bei den Verhandlungen mit der Berliner Stadtbank, die aus der DDR-Staatsbank hervorgegangen war, eine Schadensersatzforderung von 115 Millionen Mark festschreiben, falls die geplante Fusion platzen sollte – andere Kaufinteressenten kamen da nicht mehr in Frage. Die Berliner Bank kaufte das Institut schließlich für gerade mal 49 Millionen Mark und erwarb damit Altschuldenforderungen in Höhe von 11,5 Milliarden Mark.

In ihrem Dossier stellen die Rechnungskontrolleure fest, daß durch die Zwischenschaltung privater Banken zur Abwicklung von Altschulden in ehemaligen DDR-Betrieben die Zinszahlungen aufgebläht wurden und sich Kredite für die öffentliche Hand und die Endkreditnehmer damit „erheblich verteuerten“.



Ostdeutsche Schuldenobjekte Plattenbauten, Landwirtschaftliche Produktions-

Maß an Schluderei und Unfähigkeit beim Abwickeln der alten DDR. In jahrelanger Puzzlearbeit hat der Bundesrechnungshof teure Flops und Pannen beim Verkauf der volkseigenen ostdeutschen Geldinstitute an westdeutsche Banken zusammengetragen. Die Vorwürfe der Prüfer reichen von Verschleuderung öffentlicher Mittel in Milliardenhöhe bis zu erpresserischen Methoden.

Bundesfinanzministerium und Treuhandanstalt haben sich nach Überzeugung des Bundesrechnungshofes bei den Verträgen mit den sechs Käuferbanken übervorteilen lassen. So belegt etwa ein Vermerk des Bundesfinanzministeriums, daß die Verhandlungsführer der Deutschen Kreditbank, damals in Treuhand-Besitz, von den Vertretern der Dresdner Bank bei den Übernahmege-

Der „wirtschaftliche Aufbauprozess“ sei „wesentlich beeinträchtigt“ worden.

Die Prüfer rechnen vor, daß die privaten Bankhäuser ihre Kreditforderungen fast risikolos erwerben konnten: Bei nicht mehr eintreibbaren Schulden springt der Bund ein – die Banken erhalten über einen Ausgleichsmechanismus aus dem Bundesetat rund 98 Milliarden Mark erstattet, der Steuerzahler kommt letztlich für die Altschulden auf.

Den Kreditinstituten hätten zudem zeitweise „Mittel von mehreren Milliarden DM aus ‚doppelten Zinszahlungen‘ zur Verfügung gestanden“: Teilweise kassierten die Banken für einen Kredit Zinsen von der Treuhand, vom Altschuldner und vom Bund.

Die Käufer, so der Bericht weiter, hätten zu Vorzugspreisen Zugang zu Fi-

lialen, zum Kundenstamm und zu Immobilien der DDR-Banken erhalten. So erwarb etwa die Deutsche Bank Anteile der ehemaligen Deutschen Kreditbank (DKB) samt 112 Niederlassungen für nur 310 Millionen Mark. Die Rechnungsprüfer: „ein unangemessen niedriger Kaufpreis“.

Für 41 Grundstücke mit Gebäuden aus dem früheren Besitz der DKB bezahlte eine Tochter der Dresdner Bank lediglich 87,3 Millionen Mark, eine Tochter der Deutschen Bank mußte für 74 Bankgrundstücke 164,4 Millionen befragen – für beste Filetgrundstücke in den Innenstädten.

Der Rechnungshof bemängelt, die Geldhäuser hätten für die Umorganisation des DDR-Bankensystems „zu hohe Entgelte“ erhalten. Die Westdeutsche Landesbank Girozentrale etwa kassierte für die Abwicklung der Altgeschäfte der DDR-Außenhandelsbank über die reine Kostenerstattung hinaus eine Erfolgs-

mals erörtern lassen. Die Rechnungsprüfer geben ihnen Rückendeckung. Noch sei nicht ausgemacht, schreiben sie in ihrem Bericht, ob nicht der Bund auch für diese Schulden aufkommen müsse, um die Betriebe vor einer Pleitewelle zu bewahren.

Einen ersten Erfolg haben Altschuldner Ende September vor dem Magdeburger Landgericht erreicht.

Zu einem Spottpreis von 106 Millionen Mark und einem Kapitalanteil von 120 Millionen Mark hatte die in Frankfurt am Main ansässige DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank in den wilden Wendetagen die ehemalige DDR-Landwirtschaftsbank gekauft – ein veritables Schnäppchen, denn zur Kaufmasse gehörten Forderungen von 15,5 Milliarden Mark, die das DDR-Institut an ostdeutsche Schuldner hatte. 7,6 Milliarden Mark sollten frühere LPGs für Kredite bezahlen, die sie aus der sozialistischen Zwangswirtschaft geerbt hatten.



Genossenschaft: Schnäppchen für westdeutsche Banken

prämie von 89 Millionen Mark. „Insgesamt überhöht“, so die Kontrolleure.

Fazit des Bundesrechnungshofes: Die direkte Übernahme der Altschulden in den Bundeshaushalt wäre um etliche Milliarden günstiger gewesen als der Umweg über ein teures Schuldenkarussell mit privaten Geschäftsbanken.

Das Dossier der Rechnungsprüfer könnte erhebliche Auswirkungen auf den künftigen Umgang mit den Altschulden im Osten haben. Wohnungsbaugesellschaften, Nachfolger der LPGs, ehemalige Treuhandbetriebe und Kommunen stehen bei den Banken mit Milliarden-Schulden aus alten Zeiten im Soll. Tilgung und Zinsen für diese Altkredite blockieren vielerorts den Aufschwung Ost. Abgeordnete wollen das Thema möglichst rasch vom Bundestag noch-

Im Auftrag von 20 LPG-Altschuldnern führt der Rechtsanwalt Raphael Deipenbrock aus Magdeburg Prozesse gegen diese „zweite Enteignung“.

Magdeburger Richter kamen jetzt zu dem Schluß, die DG Bank fordere die Altschulden vermutlich zu Unrecht zurück. Auf wichtigen Dokumenten fehlten sowohl das Dienstsiegel als auch die Unterschrift des damals noch zuständigen DDR-Finanzministers. Möglicherweise sind die Verträge nichtig.

Von dem Urteil, sollte es Bestand haben, profitiert auch der Steuerzahler: Ausgleichszahlungen von knapp fünf Milliarden Mark für nicht mehr eintreibbare Altschulden, die die DG Bank bereits beim Bund beantragt hat, stünden ihr danach nicht mehr zu. □